

19.06.2023

Kleine und mittlere Unternehmen trotz schlechter Bedingungen widerstandsfähig

Der Mittelstand ist eine starke Säule der deutschen Wirtschaft. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stellen 54 Prozent aller Beschäftigten und erwirtschaften über ein Drittel der gesamten betrieblichen Umsätze hierzulande. Die aktuelle DIHK-Konjunkturumfrage ([Link: https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/konjunkturumfrage-fruehsommer-2023/deutsche-wirtschaft-trotz-schlechter-bedingungen-widerstandsfaehig--95854#:~:text=Deutsche%20Wirtschaft%20trotz%20schlechter%20Bedingungen%20widerstandsfaehig,-DIHK%2DKonjunkturumfrage%20verdeutlicht&text=Die%20Wirtschaft%20in%20Deutschland%20tritt,aus%20allen%20Branchen%20und%20Regionen.](https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/konjunkturumfrage-fruehsommer-2023/deutsche-wirtschaft-trotz-schlechter-bedingungen-widerstandsfaehig--95854#:~:text=Deutsche%20Wirtschaft%20trotz%20schlechter%20Bedingungen%20widerstandsfaehig,-DIHK%2DKonjunkturumfrage%20verdeutlicht&text=Die%20Wirtschaft%20in%20Deutschland%20tritt,aus%20allen%20Branchen%20und%20Regionen.)) bei bundesweit rund 21.000 Unternehmen zeigt auch: Der Mittelstand stemmt sich gegen die Krise, ist von den wachsenden Belastungen allerdings stark betroffen.

Die Situation hat sich im Vergleich zum Jahresbeginn zwar nicht verschlechtert, aber auch nicht verbessert: 33 Prozent der Betriebe mit bis zu 200 Beschäftigten berichten von einer guten, 16 Prozent von einer schlechten Geschäftslage. Der Saldo aus guten und schlechten Lagebewertungen bleibt konstant auf einem Wert von 17 und liegt weiter unter dem langjährigen Durchschnitt von 20 Punkten. Auch im weiteren Jahresverlauf wird der Mittelstand nicht den dringend erforderlichen Investitionsschub bewirken können.

Finanzierungslage der KMU weiterhin angespannt

Nach der Corona-Pandemie, den damit verknüpften Lieferengpässen und der Energiepreiskrise folgt nun mit den deutlich gestiegenen Zinsen die nächste Belastung für den Mittelstand. Mehr als ein Fünftel (21 Prozent) der KMU sehen ihre Finanzierung durch das hohe Zinsniveau besonders beeinträchtigt, im Vorjahr waren es noch 7 Prozent. 39 Prozent der Mittelständler bewerten ihre Finanzlage als problematisch. Das sind fast doppelt so viele wie bei Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten (22 Prozent). Gerade in stark mittelständisch geprägten konsumnahen Branchen bleibt die Lage angespannt. Im Einzelhandel (45 Prozent) oder in den Bereichen Kunst, Unterhaltung, Erholung (49 Prozent) beispielsweise berichtet mittlerweile nahezu jedes zweite KMU von einer schwierigen Finanzierungslage, unter den Gastronomen sind es sogar 56 Prozent. Besonders stark zu schaffen machen den KMU der Eigenkapitalrückgang (20 Prozent, Großunternehmen 8 Prozent) sowie Liquiditätsengpässe (16 Prozent, Großunternehmen 9 Prozent).

Investitionsabsichten bleiben zögerlich

Die nach wie vor angespannte Finanzlage, aber auch Fachkräftemangel und die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten schlagen auf die Investitionsabsichten der Betriebe durch. Mit 27 Prozent wollen nur geringfügig mehr KMU ihre Investitionen ausweiten als verringern (26 Prozent). Der Saldo steigt

damit lediglich um drei Punkte auf einen Punkt. Das ist viel zu wenig, um die Investitionslücke, die die Corona-Pandemie gerissen hat, wieder zu füllen.

Die Investitionsneigung ist damit im Mittelstand deutlich geringer als bei den tendenziell finanzstärkeren Großunternehmen (Saldo plus 27 Punkte). Zudem verfügen KMU in der Regel über deutlich weniger Ressourcen und Spezialisierungsmöglichkeiten, um die gestiegenen Unsicherheiten hinsichtlich Kosten und Nachfrageverschiebungen zu beherrschen.

Strukturelle Risiken rücken in den Fokus

Neben der Finanzlage bereiten den Mittelständlern zunehmend auch strukturelle Risiken Kopfzerbrechen. Drei von fünf KMU bis 200 Beschäftigte sehen im Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko. Viele Unternehmen im konsumnahen Dienstleistungsbereich und im Handel haben während der Lockdowns Personal verloren und konnten diese Lücken bis heute nicht schließen. Im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel und der hohen Inflation sorgen sich mehr als die Hälfte (53 Prozent) der kleinen und mittleren Betriebe um die Arbeitskosten – so viele wie in keiner DIHK-Konjunkturumfrage zuvor.

Dass die Preise für Strom und Gas wieder gesunken sind – wenngleich sie noch immer über dem Vorpandemie-Niveau liegen – lindert etwas die Belastung bei den Energiekosten. So sehen nun knapp zwei Drittel der KMU (65 Prozent) in Energie- und Rohstoffpreisen ein Geschäftsrisiko. Damit belastet dieser Faktor nun zwar weniger Betriebe als noch in der Umfrage zu Jahresbeginn (71 Prozent), er bleibt allerdings das meistgenannte Risiko.

Aussichten weniger trübe, aber noch kein Optimismus

Angesichts aktuell gesunkener Energiepreise und abnehmender Lieferengpässe stabilisieren sich die Geschäftserwartungen der KMU für die kommenden zwölf Monate ein wenig. Der Anteil der Optimisten nimmt geringfügig von 16 auf 18 Prozent zu. Weiterhin überwiegen allerdings die Pessimisten: Jeder vierte kleine und mittlere Betrieb (25 Prozent nach zuvor 32 Prozent) erwartet eine Verschlechterung der Geschäfte. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen steigt merklich um 9 auf minus 7 Punkte. Der auch international ausgerichtete Mittelstand wie etwa im Maschinenbau (Saldo 0 Punkte) oder in der Elektrotechnik (plus 2 Punkte) hegt etwas bessere Erwartungen, während das Bild bei binnenorientierten Branchen gemischt ausfällt (Gastgewerbe plus 3 Punkte, Einzelhandel minus 20 Punkte).

Im Gegensatz dazu bewegen sich die Geschäftserwartungen der großen Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten bereits in einem verhalten optimistischen Bereich: Der Saldo aus guten und schlechten Erwartungen steigt hier um 4 auf plus 6 Punkte.

Die Politik sollte Impulse für Investitionen und Wachstum im Mittelstand setzen – etwa in der Steuerpolitik. So brauchen die Unternehmen Regelungen für eine schnellere Abschreibung von Investitionen. Es geht auch um Verbesserungen der Rahmenbedingungen, damit die deutsche Wirtschaft bessere Chancen im internationalen Wettbewerb hat. Dazu gehört der dringend erforderliche Abbau von unnötiger Bürokratie. In kaum einem anderen Industrieland müssen Unternehmen so viele Ressourcen aufwenden, um Berichte zu verfassen oder Nachweispflichten zu erfüllen. Das bremst viele Investitionen enorm aus.

ANSPRECHPARTNER

Standortpolitik

DR. MATTHIAS SCHMITT

Tel.: 0651 9777-901

Fax: 0651 9777-505

schmitt@trier.ihk.de